

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 103 (1977)
Heft: 10

Rubrik: Pro und Contra : Geheimdossiers Geheimdossiers

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Pro und Contra Geheimdossiers Geheimdossiers

*Geschätzter Bruno Knobel,
der Wirbel um Geheimdossiers
will nicht enden! Nach dem Fall
Cincera/DM gibt es nun den Fall
des Oberleutnants R., der ent-
deckte, dass in seiner Heerein-
heit über ihn ein Geheimdossier
geführt wird, wobei überdies be-
kannt wurde, dass auch über
andere Wehrmänner solche Dos-
siers bestehen.*

*Sie kennen den Fall, nehme
ich an: Oberleutnant R. war
Nachrichtenoffizier in einer Ein-
heit, musste aber diesen Posten
aufgeben; er wurde versetzt.
Grund: R. ist Marxist und ge-
hört einer kommunistischen Par-
tei an. Diese linksextreme politi-
sche Haltung, die in Berichten
darüber ihren Niederschlag in
einem Geheimdossier des Kom-
mandanten fand, genügte. Und
das halte ich für einen Skandal!
Nämlich das Führen von Ge-
heimdossiers; die Schnüffelei,
ohne die es keine Geheimdossiers
gibt; und die Massregelung eines
Offiziers, der sich zwar offen zu
seiner linksextremistischen Hal-
tung bekannte, ebenso offen aber
auch ausdrücklich zu unserer
Landesverteidigung steht.*

*Ein Skandal auch, wenn höhere
Kommandanten ihre untergebe-
nen Offiziere und Soldaten nach
der primitiven Formel klassifi-
zieren: Wer politisch links steht,
ist ein potentieller Landesver-
räter.*

So geht das doch nicht!
Leo Bühler

*

Lieber Leo Bühler,
ich kenne den «Fall», wenn
auch nur aus dem Wirbel, den

gewisse Zeitungen und Leserbrief-
schreiber damit veranstaltet ha-
ben. Aber ich bekenne, dass ich
ihm für so unerhört skandalös
nicht halte.

In der Armee ist der Nachrichtenoffizier der wichtigste Führungsgehilfe seines Kommandanten; der Nof berät seinen Kdt über die Feindlage. Ein Nof, der ideologisch abhängig ist von einem ausländischen Staat (welcher ja gegebenenfalls mit einem Angreifer identisch sein kann), ist wohl nicht gerade als Nof geeignet. Dazu kommt, dass ein Kdt uneingeschränktes Vertrauen in seinen Nof soll haben können, vor allem was dessen Haltung zu unserem demokratischen Staat und dessen Verteidigung betrifft. Fehlt dieses Vertrauen – ob berechtigt oder nicht –, dann handelt der Kdt richtig, wenn er den Nof versetzt. Das – und nicht mehr – ist geschehen: Die politische Haltung des Oblt R. wurde zur Kenntnis genommen; sie führte zu einem Vertrauensbruch; der Kdt mag angenommen haben, R. sei ein Sicherheitsrisiko; R. wurde zwar seiner Funktion als Nof entthoben, aber weder bestraft noch aus der Armee entlassen, sondern in anderer Funktion als Offizier beibehalten.

Ich meine, wenn in der Armee ein Kdt in seinem engsten Führungsgehilfen ein Sicherheitsrisiko nur schon vermutet, dann wäre es sträflicher Leichtsinn, wenn er nicht so handelte, wie es geschehen ist. Dazu muss man wissen: Ueber alle Wehrmänner, die im Truppennachrichtendienst eingeteilt werden sollen oder eingeteilt sind, werden polizei-

liche Führungsberichte eingeholt. Dass diese Berichte vertraulich behandelt werden müssen, ist selbstverständlich; und so sollte denn diesen «Geheimdossiers» doch wohl auch nichts Anrüchten anhaften.

Welchen Wirbel hätten also wohl dieselben Zeitungen, die nun aus Oblt R. einen Märtyrer zu machen versuchen, veranstaltet, wenn R. wirklich zum Verräter geworden wäre? Dann wäre der zu vertrauensselige Kdt und mit ihm die gesamte Sicherheitspraxis in der Armee doch wohl ganz schön und zu Recht in die Pfanne gehauen worden.

Ich sehe das Problem anderswo: Linksextremisten lassen sich unterteilen in jene, die eine Landesverteidigung gegen jeden Angreifer aus innerster Ueberzeugung befürworten; ferner in jene, die unseren Staat gewaltsam verändern wollen und denen dazu jedes Mittel recht ist; und in jene, welche eine Veränderung unseres Staates mit demokratischen Mitteln anstreben; und in jene, die sich als williges Werkzeug eines Staates verstehen, der ein potentieller Angreifer sein kann...

Ein Linksextremist kann also, muss aber nicht ein militärisches Sicherheitsrisiko sein. Die primitive Formel «Linksextremist = potentieller Landesverräter» wird somit der Realität nicht gerecht. Aber wenn die Anwendung dieser Formel so verbreitet ist, dann tragen daran die Linksextremisten zum guten Teil selber die Schuld: Sie halten mit ihrer extremen Zersplitterung und Tarnung ihrer wahren Zielsetzung die extrem linke politische Szen

derart unübersichtlich, dass es dem Durchschnittsbürger, der sich darin ohne Hilfe gar nicht mehr auskennen kann, nicht zum Vorwurf gemacht werden darf, wenn er zur Einstufung bloss über den Daumen peilt. Dazu ein Beispiel aus jüngster Zeit: Bisher galten die Soldatenkomites grundsätzlich als militärfreindlich. Nun hat sich jenes von Lausanne aufgelöst, und zwar wegen grundsätzlichen Differenzen zwischen den Anhängern «maoistischer» Tendenz, die eine Verteidigung im Sinne nationaler Unabhängigkeit vertreten, und einer «trotzkistischen» Tendenz, die eine antimilitaristische Haltung vertritt.

Wenn die extreme Linke vermeiden will, dass man sie gesamthaft und unterschiedslos als staatsfeindlich empfindet, dann muss sie etwas mehr informieren über die wahren Zielsetzungen ihrer Legionen von unterschiedlichen, subversiven und anderen Marxismen. Und vor allem: Sie muss sich die Information von anderer Seite über die verwirrende Vielfalt von linksextremen Schattierungen gefallen lassen. Womit ich bei jenem Postulat angelangt bin, das ich schon in unserer Diskussion über den «Fall Cincera» genannt habe.

Die politische Linke darf sich nicht über simplifizierende Verketzerung beklagen, gleichzeitig aber jene Informationstätigkeit (z. B. eines Cincera), welche dem Bürger zu einer differenzierteren Betrachtungsweise verhelfen kann, selber simplifizierend verketzern.

Bruno Knobel

Andrei Amalrik stochert

Andrei Amalrik, der dem Sovjetregime unangenehme Historiker, will es wissen. Zu genau. Er wollte es auch von Valéry Giscard d'Estaing wissen, von einem Mann, dem das Wort Menschenrecht geläufig ist.

Amalrik in Paris, peinlich. Giscard will ihn nicht empfangen. Amalrik geht mit einem Plätzchen vor das Elysée. Einmal, zweimal putzt ihn Giscards Polizei weg. Menschenrechte ja, aber bitte, doch nicht so direkt, so auffällig, etwas mehr Diplomatie,

mein Herr von Kremls Ungnaden! Giscard übt vornehm Zurückhaltung. Schreiben Sie Bücher, Herr Amalrik, «dissidieren» Sie wacker auf Moskaus Pflastern, kämpfen Sie für Menschenrecht und Abkommen von Helsinki.

Unserer Unterstützung sind Sie gewiss, ich als Chef der Nation weiß, was diese der grandeur schuldig ist. Doch manche Leute sind zu laut. Man muss auch schweigen können zur rechten Zeit. Man muss auch tu-scheln können zur rechten Zeit. Das müssen Sie noch lernen, Herr Amalrik. Nicht dass ich Ihre Absichten, Ihre Beweg-

gründe in Zweifel ziehen möchte. Nein, das liegt jedem Giscard fern.

Bedenken Sie, Herr Amalrik, nächstens wird mich Breschnew besuchen. Der hält nicht so viel von Ihnen, und weitere, die Sie Ihre Freunde nennen, haben auch Meinungsverschiedenheiten mit ihm. Das kann vorkommen. Ich, Giscard d'Estaing, lege Ihnen das nicht zur Last. Aber wenn Sie sich in Moskau so benommen haben wie hier in Paris, muss das unweigerlich die Polizei auf den Plan rufen. Jeder Staat hat das Recht, zum Schutze seiner Interessen ordnend einzutreten.

Das Prinzip der Nichteinmischung hat sich bewährt. Ich, Giscard, möchte nicht davon abweichen. In der grossen Politik wirkt es besäufigend. Einiger persönlicher Animositäten wegen von der Generallinie abweichen, das, Herr Amalrik, stünde doch in keinem Verhältnis. Ich empfehle Ihnen, noch andere westliche Staaten aufzusuchen. Einhellig unterstützen sie die erklärten Menschenrechte. Alle sind sie Ihre Freunde.

Wenn nicht, grüssen Sie mir Jimmy Carter.

Ernst P. Gerber